

100 TAGE FÜR BERLIN

Unsere Schwerpunkte für die #Zukunftshauptstadt



Am 15. und 16. Januar 2022 kam der Berliner Senat zu einer Arbeitsklausur auf dem Landgut Stober in Nauen, Brandenburg zusammen. Die Prioritäten der Landespolitik für die ersten 100 Tage wurden diskutiert und beschlossen. Mit konkreten Vorhaben und Projekten soll Berlin sozialer, sicherer, wirtschaftlich stärker, nachhaltiger, vielfältiger, bürgernaher und digitaler werden. Das 100-Tage-Programm ist der Auftakt einer Regierungsarbeit, die vom Ziel getragen ist, Berlin in den kommenden fünf Jahren zur Zukunftshauptstadt zu entwickeln, in der alle Berlinerinnen und Berliner von Verbesserungen in der Stadt profitieren.

Im 100-Tage-Programm finden sich konkrete Meilensteine, die bis zum 31. März umgesetzt werden.

Neben der Bekämpfung der Corona-Pandemie nimmt der Berliner Senat Projekte in den Blick: Dazu gehört ein Bündnis für Wohnunasneubau und bezahlbares Wohnen ebenso Beschleunigung im Radwegeausbau und erste Schritte zur Verbeamtung von Lehrkräften. Der Senat wird zudem einen Haushaltsplanentwurf für 2022/2023 beschließen, den Landesmindestlohn auf 13 Euro anheben und Inhalte eines Berliner Opferschutzgesetzes abstimmen. Das Post-Corona-Hilfspaket für die Berliner Kultur wird weiterentwickelt und der Klimaschutz zur ressortübergreifenden Aufgabe des Senats erklärt. Für eine Polizeiwache am Kottbusser Tor wird ein Konzeptentwurf vorgelegt. Außerdem werden Eckpunkte zum Neustartprogramm für die Wirtschaft festgelegt und das erste Stadtteilgesundheitszentrum Berlins in Neukölln eröffnet.

Das ausführliche 100-Tage-Programm des Berliner Senats ist in der folgenden Übersicht zu finden.

Senatskanzlei

1. Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen

Das gemeinsame Bündnis mit allen wichtigen Akteuren wird gegründet. Die Auftaktsitzung findet Ende Januar statt.

2. Senatskommission Wohnungsneubau

Zur Beschleunigung des Wohnungsbaus wird eine Senatskommission aus den fachlich betroffenen Senatsmitgliedern sowie der Regierenden Bürgermeisterin eingesetzt.

3. Antrittsbesuch des Senats in Brandenburg

Vereinbarungen zur Weiterentwicklung des Strategischen Gesamtrahmens für die Hauptstadtregion werden getroffen und eine gemeinsame Sitzung der beiden Landesregierungen findet statt.

4. Politische Erklärung zwischen Land und Bezirken

Korrespondierend zu den Richtlinien der Regierungspolitik werden die wichtigsten Ziele zur Verbesserung der Zusammenarbeit und der Aufgabenverteilung zwischen den Bezirksbürgermeister:innen und der Regierenden Bürgermeisterin verabredet und eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet.

Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz

5. Klima-Governance

Der Senat macht das Erreichen der Berliner Klimaschutzziele zu einer zentralen Querschnittsaufgabe. Der Senatsausschuss Klimaschutz wird mit einem Senatsbeschluss eingesetzt.

6. Beschleunigung Radwegeausbau

Eine gemeinsame Organisationseinheit wird gebildet, um die Bezirke bei der schnelleren Umsetzung von Radverkehrsinfrastruktur zu unterstützen.

7. Vereinbarung zum Busspurenausbau

Die Senatsverwaltung bietet den Bezirken eine Kooperation an, um einzelne bereits angeordnete Busspuren schneller umzusetzen.

8. Verbraucherzentrale im Ostteil Berlins

Es wird eine Entscheidung für einen neuen Standort der Verbraucherzentrale im Ostteil der Stadt getroffen.

9. Brücken für Berlin

Mit dem Baubeginn für drei Brücken-Ersatzneubauten verbessert der Senat nachhaltig die Verkehrs-Infrastruktur der Hauptstadt.

Senatsverwaltung für Kultur und Europa

10. Hilfsprogramme für die Berliner Kultur

Die Corona-Hilfsprogramme werden verlängert und zu einem Post-Corona-Hilfspaket weiterentwickelt.

11. Kultursommer 2022

Berlin wird einen Kultursommer mit kostenlosen Kulturveranstaltungen mit Standorten in allen Bezirken für alle Berliner:innen organisieren und die Vorbereitungen dafür treffen.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

12. Verbeamtung von Lehrkräften

Ein Zeit- und Maßnahmenplan zur Verbeamtung tarifbeschäftigter Lehrkräfte soll erstellt und die Abstimmung im Senat vorbereitet werden.

13. Digitalkompetenz der Lehrkräfte stärken

Eine Positivliste an Software-Angeboten für Lehrkräfte wird freigeschaltet und deren Nutzung über das Schulportal und mobile Endgeräte vereinfacht. Ein Qualifizierungskonzept zur Fortbildung von Multiplikator:innen zur Digitalisierung wird erarbeitet.

14. Ausbau der Sprachkitas

Das Programm Sprachkitas wird gestärkt und für zusätzliche 50 Kindertageseinrichtungen bewilligt.

Senatsverwaltung für Finanzen

15. Haushaltsplanentwurf 2022/23

Der Haushaltsplanentwurf bildet die politischen Schwerpunkte der Koalition ab und trifft Vorsorge für weitere Corona-Hilfen. Die Beschlussfassung im Senat erfolgt Ende Februar.

16. Studiengang Verwaltungsinformatik

Die Einrichtung eines dualen Studiengangs Verwaltungsinformatik wird an der Hochschule für Wirtschaft und Recht vereinbart, die Studienplätze für das kommende Wintersemester werden ausgeschrieben.

17. Berliner Sustainable-Finance-Strategie

Ein strategisches Rahmenkonzept für die Einbeziehung sozialer und ökologischer Aspekte für Akteure auf dem Finanzmarkt wird entwickelt.

Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport

18. Wache am Kottbusser Tor

Zur Kriminalitätsbekämpfung und Prävention wird ein Umsetzungskonzept für die Einrichtung einer dauerhaft besetzten Polizeiwache am Kottbusser Tor erstellt.

19. Appartements für Anwärterinnen und Anwärter

Nahe der Polizeiakademie in Spandau wird ein Wohngebäude mit 168 Plätzen für Anwärterinnen und Anwärter des Polizei- und Feuerwehrdienstes eröffnet.

20. Digitalisierung von Bürgerdienstleistungen

Eine Onlinekampagne macht die schon bestehenden 41 digitalen Bürgerdienstleistungen bekannter, z.B. für die Eingliederungshilfe, die Ausstellung eines Schwerbehindertenausweises und von Meldebescheinigungen. Weitere Angebote gehen sukzessive online.

21. Wettbewerb für inklusiven Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark

Um den Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark zu einem Inklusionssportpark zu entwickeln, wird ein Realisierungswettbewerb ausgelobt.

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

22. Anhebung des Landesmindestlohns

Der Senat wird die Anhebung des Landesmindestlohns auf 13 Euro beschließen.

23. Online-Register zur Stärkung der Tariftreue

Das Online-Register zur Veröffentlichung der maßgeblichen Inhalte von rund 500 Tarifverträgen zur Einhaltung und Stärkung der Tariftreue wird veröffentlicht.

24. Soziales Wohnen

Es werden Eckpunkte für eine Erprobungsklausel zur Unterbringung Wohnungsloser in der "Ausführungsvorschrift Wohnen" beschlossen.

25. Wohnungs- und Obdachlosigkeit

Die Umsetzung des Berliner Masterplans zur Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit beginnt sofort. Ein Konzept zur Sicherung der Kriseneinrichtungen nach § 67 ff. SGB XII wird vorgelegt.

Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung

26. Digitalisierung der Justiz

Die Justizverwaltung wird einen Kooperationsvertrag mit dem Land Hamburg für die digitale Akteneinsicht abschließen.

27. Opferschutzgesetz

Für eine schnelle und professionelle Unterstützung von Betroffenen von Straftaten sollen Eckpunkte für ein Berliner Landesopferschutzgesetz vorgelegt werden.

28. Vielfalt in der Verwaltung

Damit Berlin seiner Diversität gerecht wird, muss institutionelle und strukturelle Diskriminierung abgebaut werden. Dafür wird die "Fachstelle Diversitätsorientierte Organisations- und Kompetenzentwicklung" die Arbeit aufnehmen. Die Fachstelle wird die Senats- und Bezirksverwaltungen bei der Umsetzung von Diversitätsprozessen begleiten und unterstützen.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

29. Änderung der Bauordnung

Die überarbeitete Bauordnung für Berlin wird in den Senat zur Beschlussfassung eingebracht. Wesentliche Punkte sind die Beschleunigung des Wohnungsbaus und die Verankerung von Maßnahmen zum Klimaschutz.

30. Standortentwicklung Hermannplatz

Für eine gemeinwohlorientierte und nachhaltige Entwicklung des Standorts Hermannplatz wird die Grundlagenermittlung abgeschlossen. Dies geschieht als erster Teil eines Masterplanverfahrens, welches unter umfangreicher Beteiligung der Stadtgesellschaft fortgeführt wird. In diesem Zusammenhang wird für das Karstadt-Areal ein Aufstellungsbeschluss für einen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan gefasst. Dieser wird in eine behutsame Entwicklung des Gesamtareals integriert.

31. Bericht zu laufenden Wohnungsbauvorhaben

Der Senat wird einen Bericht über alle größeren laufenden und geplanten Wohnungsbauprojekte vorlegen, der als Grundlage für Maßnahmen zur Beschleunigung des Wohnungsbaus dient.

32. Expertenkommission Vergesellschaftung

Der Senat setzt eine Expertenkommission zur Prüfung der Möglichkeiten, Wege und Voraussetzungen der Umsetzung des Volksbegehrens ein. Die Besetzung der Expertenkommission erfolgt unter Beteiligung der Initiative des Volksbegehrens. Die Kommission erarbeitet innerhalb eines Jahres eine Empfehlung für das weitere Vorgehen an den Senat, der dann eine Entscheidung darüber trifft. In den ersten 100 Tagen beschließt der Senat über die Einberufung, Beauftragung und Besetzung der Expertenkommission anhand einer Beschlussvorlage. Dabei setzt der Senat auf externe fachliche Expertise.

In einem ersten Schritt soll die Kommission die Verfassungskonformität einer Vergesellschaftung, wie im Volksentscheid vorgesehen, untersuchen. Dabei sollen auch mögliche rechtssichere Wege einer Vergesellschaftung benannt und rechtlich bewertet werden. In einem zweiten Schritt werden für diese Wege wohnungswirtschaftliche, gesellschaftsrechtliche und finanzpolitische Aspekte berücksichtigt und entsprechende Empfehlungen an den Senat erarbeitet.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

33. Neustartprogramm für die Wirtschaft

Besonders für die von der Pandemie betroffenen Branchen wird ein umfassendes Neustartprogramm entwickelt, das unter anderem Investitionszuschüsse für kleine und mittelständische Unternehmen beinhaltet.

34. Startup Agenda

Gemeinsam mit zentralen Akteuren wird eine Startup Agenda 2022 mit Zielen und Unterstützungsmaßnahmen für die Berliner Startup-Szene erarbeitet.

35. Energieeffizienz und Klimaschutz im Betrieb

Eine Koordinierungsstelle für Energieeffizienz und Klimaschutz im Betrieb wird aufgebaut und berät kleine und mittelständische Unternehmen zu Maßnahmen und Fördermöglichkeiten.

36. Auftakt zur Umsetzung der Gigabitstrategie

Ein Lenkungskreis auf Leitungsebene wird eingesetzt, der den Start der Umsetzung begleitet und das Monitoring übernimmt.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung

37. Bekämpfung der Corona-Pandemie

Bisherige Abläufe und Strukturen im Corona-Krisenmanagement sowie in der Zusammenarbeit mit externen Akteurinnen und Akteuren werden evaluiert und den aktuellen Entwicklungen angepasst.

38. Integrierte Gesundheitsversorgung

Im Modellprojekt Gesundheitskollektiv Neukölln werden zielgruppenorientierte, interkulturelle und niedrigschwellige Gesundheits- und Sozialangebote für die Kiezbewohnerinnen und Kiezbewohner miteinander kombiniert. Das erste Stadtteilgesundheitszentrum Berlins für die Integrierte Gesundheitsversorgung wird im Februar in Neukölln eröffnet.

39. Umsetzung der Istanbul Konvention

Berlin entwickelt den Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul Konvention weiter, der unter anderem weitere Schutzplätze für gewaltbetroffene Frauen und Kinder und die verbesserte Unterstützung Betroffener beinhaltet.

40. Rechtssichere Beschäftigungsperspektiven für Post-Docs

Die Berliner Hochschulen werden bei der Umsetzung des Hochschulgesetzes unterstützt und eine Senatsvorlage mit Präzisierungsvorschlägen wird erarbeitet.

Die Regierende Bürgermeisterin von Berlin Senatskanzlei





Presse- und Informationsamt des Landes Berlin Senatskanzlei Jüdenstraße 1 10178 Berlin

Tel. (030) 90 26-24 11 presse-information@ senatskanzlei.berlin.de www.berlin.de/senatskanzlei